

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 1.20 monatlich, 12.00 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, eine Dringlichkeit. Bei 4.00 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, ausserhalb des Reichs. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Societät für Druckerei 18, sowie die Buchhandlungen in allen Teilen des Reichs; in Ostpreußen die Verlags-Vertriebsstellen und in den benachbarten Nachbarländern und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 25 Wp. für druckbare Anzeigen; 35 Wp. für druckbare Anzeigen; 1.20 Wp. für druckbare Anzeigen; 2.50 Wp. für druckbare Anzeigen. — Bei druckbarer Aufnahme unveränderlicher Anzeigen in besonderen Fällen entgegen der Regel. — Anzeigen-Preise: Für die Morgen-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an besonderen Tagen und Wochentagen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Köpenick 6702 und 6203.

Donnerstag, 17. Januar 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 28. • 66. Jahrgang.

Nach der Brest-Litowsk-Krise.

Die in Berlin abgehaltenen Empfänge, Unterredungen und Konferenzen, die der Feststellung einer reiflichen Einheitsfront zwischen Reichsregierung und Seeresleitung und der Feststellung unserer Kriegs- und Friedensziele galten, sind nunmehr abgeschlossen, und es kann berichtet werden, daß, soweit in einzelnen Fragen Meinungsverschiedenheiten bestanden haben, ein Ausgleich und eine Verständigung erzielt worden ist. Damit erledigt sich von selbst das ganze Bündel Gerüchte, welche dieser Tage verbreitet wurden und die von bevorstehenden Änderungen in den höchsten Reichsstellen, einer Kursänderung unserer Politik und dergleichen mehr wissen wollten. Den deutlichsten Gegenbeweis gegenüber derartigen Behauptungen dürfte die Rede bilden, die Graf Hertling Ende dieser oder Anfang nächster Woche im Hauptausschuß des Reichstags halten wird, und die einerseits die Grundlinien unserer Kriegsziele nochmals kennzeichnen, andererseits auf die Redooffensive der Lloyd George, Wilson, Wilson und Genossen mit kräftigem Gegenstoß antworten wird.

An diesen Grundlinien unserer Kriegsziele, insbesondere an unserer Orientierung nach Osten hat sich, wie wir betonen können, nichts geändert. Was insbesondere die Frage der besetzten Gebiete betrifft, so hält die Reichsregierung fest an unserer Erklärung vom 25. Dezember v. J., wonach wir keine gewaltsamen Annexionen erstreben und das Selbstbestimmungsrecht der von uns befreiten Völkern anerkennen. Aber wenn wir einseitig betont haben, daß wir keine Annexionen anstreben, so sind wir doch andererseits — und das muß mit aller Entschiedenheit betont werden — entschlossen, diese Gebiete deren befreit Vertretungen ihrem Wunsch der Völkern von Russland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben haben, den Russen nicht auszuliefern.

Was die „Staatspersönlichkeit“ der von uns befreiten Völker betrifft, so hat der überaus kluge Volkskommissar Trotsky sich in seiner eigenen Schlinge gefangen, als er die Vertretung der polnischen, litauischen und kurländischen Völkern bei der Friedenskonferenz forderte; denn damit räumte er ein, daß die maximalistische Regierung diese Landesteile ebenso als selbständig und repräsentabel anerkennt, wie sie die Ukraine anerkennen mußte. Weiter kann von der Räumung der besetzten Gebiete zurzeit einmal aus Rücksicht auf unsere eigenen Grenzschwierigkeiten, zweitens aber aus Rücksicht auf die Bewohner der besetzten Gebiete nicht die Rede sein, wofür die Anarchie in Estland ein warnendes Beispiel bietet. Was dann das Selbstbestimmungsrecht der besetzten Gebiete betrifft, so versteht es sich von selbst, daß von der Ausübung dieses Rechtes erst dann die Rede sein darf, wenn sie in geordneter und zuverlässiger Weise erfolgen kann, was zurzeit in keiner Weise der Fall ist. Endlich ist es selbstverständlich, daß bei der Regelung dieser Dinge die Frage unserer militärischen Grenzsicherung eine entscheidende Rolle spielen muß.

Mit diesen hier gekennzeichneten Grundlinien ist eine Basis geschaffen für die Ziele, die im einzelnen erstrebt werden sollen, und über die sich jetzt noch nichts Genaueres sagen läßt, weil eben die Dinge noch im Fluß sind, und weil sie durch den weiteren Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk naturgemäß beeinflusst werden. Was diese Verhandlungen betrifft, so muß ja die scharfe Tonart, die Herr Trotsky neuerdings anzufragen beliebt, zu einer sehr vorsichtigen Beurteilung der Aussichten auf eine Verständigung veranlassen, wenn auch andererseits nicht zu verkennen ist, daß hierbei viel Pluff unterläuft. Herr Trotsky, der die öffentliche Meinung in Russland gekümmert zu täuschen versucht, will dadurch seine Rückzugsanrede maskieren. Aber einmal ist es fraglich, ob er auch nur die Mehrheit der russischen Delegierten hinter sich hat. Zweitens hat die maximalistische Regierung bei dem russischen Volke, das den Frieden haben will und muß, ausgespielt, wenn sie ihn nicht erzielt. Drittens ist die Abbröckelung, das Auseinanderlaufen der russischen Armee ein Faktor, mit dem die Lenin und Trotsky rechnen müssen. Und viertens muß der bedeutende Umstand, daß die Vertreter der Ukraine jetzt selbständig mit uns über den Sonderfrieden verhandeln, den Delegierten der russischen Republik die Möglichkeit zeigen, daß es ihnen auch gelingen kann, zum Schluß allein dazustehen, getrennt von der Ukraine und verlassen von der Entente. Das alles sind Gründe genug, um es uns nicht allzu tragisch nehmen zu lassen, wenn die Trotsky und Genossen sich wieder einmal als die wilden Männer aufspielen sollten, und unsere Unterhändler sind der allgemeinen

Zustimmung sicher, wenn sie den russischen Verschleppungsversuchen mit gebotener Energie gegenübertraten. Pluffen zieht bei uns nicht.

Der Fortgang der Verhandlungen.

Trotskys weitere Rede.

W. T. B. Brest-Litowsk, 16. Jan. Ich wies schon in meiner formalen Erklärung darauf hin, daß diejenigen Konflikte, die zwischen uns und der Ukraine entstanden waren und die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken und uns in keiner Weise gehindert haben, die unabhängige ukrainische Republik anzuerkennen. Herr Trotsky kam hierauf auf

das Schicksal der besetzten Gebiete

zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle: ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits instand sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Er möchte demgegenüber der Meinung Ausdruck geben, daß die geäußerte Ansicht nur die Ansichten der russischen Delegation betreffen, kaum aber die sehr untergeordnete Rolle, die die Rechtsphilosophie in der Frage der Entscheidung des Schicksals von Völkern spiele. Das beziehe sich genau ebenso auf die Rechtsphilosophie des obersten amerikanischen Gerichtshofes. Wer die Geschichte der Entscheidungen dieses obersten Gerichtshofes genau gelesen habe, der wisse, daß dieser Gerichtshof seine Rechtsphilosophie sehr häufig in diesem oder jenem Sinne geändert habe, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten von Amerika zu erweitern oder nicht. Er glaube, daß es bezüglich dieser Frage viel interessanter wäre, nicht eine Parallele zu ziehen mit der Entscheidung des obersten amerikanischen Gerichtshofes, sondern mit den Ansichten und Ausführungen derjenigen englischen Juristen, die ihr Recht begründeten und davon bereiteten, ihre amerikanische Kolonie in der Hand zu behalten.

Was die Form des Handelns anlangt, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller Entschiedenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren, daß sie erklärt habe, daß deren frühere Zugehörigkeit zu Russland ihnen keinerlei völkerrechtliche Verpflichtung gegenüber Russland auferlege. Aber sein Recht, sich für das Schicksal dieser Gebiete zu interessieren, habe der Staatssekretär nicht aus der nackten Tatsache der Befreiung hergeleitet, sondern aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretiert habe. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation und begründe hinreichend ihr Interesse an dem Schicksal derjenigen Völker, deren Auslieferung aus dem Zustand des früheren russischen Kaiserreiches sie nicht verhindern. Trotsky schloß mit der Bemerkung, daß sich die russischen Delegierten selbstverständlich das Recht vorbehielten, eine genaue Äußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Darauf ergriff

Staatssekretär v. Kühlmann

das Wort und führte nachstehendes aus: Was die Rede des Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen.

1. Die tatsächliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Vortrager vollkommen richtig charakterisiert. Der Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik für seine Organe nachgebenden Instruktionen. Abgesehen ist es bei der engen politischen Übereinstimmung, in der ich mich mit General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unserer Auffassung keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir in Gegensatz zu ihr auf Vorhandenem aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebedienerei gegen Theorien einen luftleeren Raum Platz zu schaffen. Abermals hat mich die geringfügige Bemerkung des Urteils des amerikanischen obersten Gerichtshofes durch Herrn Trotsky. Im übrigen nehme ich mit Befriedigung Kenntnis von der Äußerung des Herrn Vortragers, daß er und seine Delegation nunmehr gefunden sind, in eine wirkliche Diskussion und Klärung der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage vor, uns an die von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, über die vier Punkte, wie sie in der Antwort aufgenommen werden sind, in eine wirkliche Detaildiskussion einzutreten.

Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, zu sagen, daß wir die Schwierigkeiten überwinden werden können oder der hier gemachte Versuch ausgegeben werden muß.

Herr Trotsky erklärte, seines Erachtens könne jetzt mit der Erörterung der beiden Antworten, die vorgetragen worden sind, angefangen werden. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht der Deutschen beitreten könne, daß die angebliche Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen werde. So weit es sich um technische Schwierigkeiten handle, wie das Fehlen der eigenen Eisenbahnen, Post usw., könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen, auch ohne Kontrolle der Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Herr v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch Gründe der Sicherheit der betreffenden Gebiete eine sehr gewichtige Rolle spielen.

Darauf beantragte Herr v. Kühlmann, über die von der russischen Delegation selbst vorgelegten vier Punkte in die geschäftsmäßige Verhandlung einzutreten.

Nachdem Trotsky sich diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die nächste Sitzung auf den folgenden Tag, vormittags 11 Uhr, anberaumt.

W. T. B. Brest-Litowsk, 16. Jan. (Drahtbericht.) Am 16. haben drei weitere Sitzungen der deutschen, österreichisch-ungarischen und der russischen Delegation zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen entsprechend der Vereinbarung in geschäftlicher Besprechung der vier zur Diskussion vorgelegten Punkte unter Mitwirkung von Punkt 1, betr. die Territorien, eingetreten wurde. Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst an, auf den früher bereits besprochenen Punkt, betr. die Zugehörigkeit von Vertretern der besetzten Gebiete zurückzukommen, solche Vertreter nämlich an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, damit sie Gelegenheit hätten, ihre betreffenden Rechte geltend zu machen. Herr Trotsky erklärte, daß er seine eigene Wahl nachweisen zu lassen. Staatssekretär v. Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit, solche Vertreter hinzuzulassen, Ausdruck jedoch nur unter der schon früher aufgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin ausgelegt wird, daß die staatliche Ordnung dieser Gebiete durch Zulassung ihrer Angeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde. Daß eine solche präsumtive Anerkennung die Zulassung von Vertretern der betreffenden Völker begriffsmäßig sich von selber anschließt, bedürfte eigentlich keiner näheren Ausführung. Entweder die Herren können nach Brest-Litowsk als Sprecher und Vertreter ihrer Völker, und dann müßte zwischen den verhandelnden Parteien Übereinstimmung darüber bestehen, daß diese Völker persönlich präsentisch entsandt seien, oder aber sie kämen als Privatleute und hätten bei diesen Besprechungen nichts zu sagen.

Trotsky erklärte sich anerkennend, auf die vom Vortrager als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen, da er nicht anerkennen könne, daß diese Vertreter den Willen der gesamten Bevölkerung jener Länder zum Ausdruck zu bringen geeignet seien. Damit entfiel von selbst die irreführende Vorbedingung des seinerzeit gemachten Vorschlages.

Im Anschluß an diese Erörterung stellte Herr v. Kühlmann fest, daß die Ansichten der verhandelnden Parteien über die Frage, welche Bedeutung den Völkern der in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungskörper zukomme, sich auch durch eingehende Diskussion auf einer mittleren Linie nicht hätten vereinigen lassen. Indem er hinzufügte, daß dieser Zustand noch nicht notwendigerweise zum Scheitern der Verhandlungen führen müsse, da die verbliebenen Delegationen sich von Anfang an auf den Standpunkt gestellt hätten, eine Volkskundgebung auf breiter Basis würde die Meinungsverschiedenheit darüber, ob diese Volkskundgebung als konstituierend und konfirmierend anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit so weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermöge. Indem er Trotsky zugeb., daß die Fortsetzung der Debatte auf dem bisher verhandelnden Gebiet wenigstens im äußerlichen Stadium zwecklos erscheine, erklärte er, daß seiner Ansicht nach die erforderliche Voraussetzung für die Volksabstimmung gewährleistet sei und für die praktische Lösung der Frage es in der Tat gleichgültig sei, welche Organe von dieser oder jener Regierung in irgend einem vorübergehenden Zeitpunkt präsumtiv anerkannt worden seien. Häufig komme es dem Wesen nach in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und die Freiheit der Willensäußerung der betreffenden Völkern zu gewährleisten. Zur Sicherung der Bedeutung dieser Willensäußerung sei es notwendig, daß sie nicht nur einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte. (Fortsetzung folgt.)

Ein prinzipielles Einvernehmen mit der Ukraine.

W. T. B. Brest-Litowsk, 16. Jan. (Amstich. Drahtbericht.) Am Lauf des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegationen der verbündeten Mächte zu einer internen vorläufigen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Auskunft über den Stand der mit der russischen Regierung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen.

lung zur Regelung der politischen und territorialen Fragen. Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einstimmig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck.

Infolge Unwohlseins des Ministers des Auswärtigen Graf Czernin fand eine für heute nachmittags angeordnete vertrauliche Besprechung mit der ukrainischen Delegation in der Privatwohnung des Ministers statt. Die 1½ Stunden lange Unterredung, an der auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herstellung eines prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hiermit dürfte ein entscheidender Schritt nach vortwärts getan worden sein. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluss des vertraulich vorbereiteten Gedankenverkehrs wird in Detailfragen eingetreten werden.

Die Gewalt Herrschaft der Bolschewiki.

Von sehr geschätzter zuverlässiger Seite werden der „Rölnischen Volkszeitung“ die nachstehenden Mitteilungen zur Verfügung gestellt. Sie geben einen guten Anhaltspunkt zur Beurteilung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

„Ich komme gerade aus Stockholm zurück, wo ich Gelegenheit hatte, einen Russen einsehend zu sprechen der gerade aus St. Petersburg kam. Dieser Russe gehört übrigens politisch den linksstehenden Parteien an.

Mit Bezug auf die Äußerungen des Generals Hoffmann in Brest-Litowsk in betreff der Bolschewiki wird es Sie für Ihre Zeitung vielleicht interessieren, daß mein Gewährsmann die Auffassung des Generals Hoffmann vollumfänglich bestätigte. (Gemeint ist die Äußerung des Generals vom 12. d. M. zu Trochu: „Ihre Regierung ist begründet lediglich auf der Macht, und zwar auf einer Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt.“)

Nach den Mitteilungen des Russen haben die mit ihren Waffen von der Front entlassenen Soldaten die Gewalt; sie ermorden ihre Offiziere und stellen so jeden Widerstand auf die einfachste Weise kalt. Im Anfang der Bolschewiki-Bewegung soll es noch verhältnismäßig ordentlich zugegangen haben; jetzt aber machen Truppen von betrunkenen bewaffneten Soldaten, was sie wollen, bringen in die Häuser ein, räubern und plündern. Die eigentlichen Arbeiter und Bauern, die völlig einsehen, daß das Bolschewiki-Regiment zu keinem guten Ende führen kann, stehen keineswegs auf ihrer Seite, ebensowenig große Teile von Rußland, wie die Ukraine, der Kaukasus. Das Schreckensregiment ist und der Grund, warum man aus Rußland gar keine Äußerung der früher im öffentlichen Leben stehenden Leute hört, jeder fürchtet für sein Leben.

Der Russe sagte mir noch, daß man sich in St. Petersburg allgemein gewundert habe, daß wir mit diesen Kabinen überhaupt verhandeln, und fragte mich wiederholt, warum dies der Fall sei, eine Frage, die mich einigermaßen in Verlegenheit setzte.“

Eine finnische Gesandtschaft in Petersburg!

Berlin, 17. Jan. Nach einer Mitteilung des Staatsministers Evinhufvud im finnischen Landtag steht die Umwandlung des finnischen Ministerstaatssekretariats in Petersburg in eine Gesandtschaft bevor. Als künftigen Gesandten nennt man den bisherigen Staatssekretär Enckell.

Der Tagesbericht vom 17. Januar.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 17. Jan. (Meldung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgesche. Nördlich von Passchendaele, an der Scarpe bei Bendluile und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Gernadogen dauert die erhöhte Artillerietätigkeit an.

Aus Kunst und Leben.

Konzert. Im 6. Konzert des „Kerens der Sänger und Kunstfreunde“ ließ sich wiederum eine neue Quartett-Genossenschaft hören: das Berliner „Fiedemann-Quartett“, bestehend aus den Herren A. Fiedemann (1. Violine), G. Drobatschewski (2. Violine), B. Krosch (Viola) und A. Salsom (Cello). Auch dies Ensemble überraschte im Spiel durch einen hohen Grad sinnlicher Klangschönheit, durch Wärme der Empfindung und glänzenden virtuellen Schluß. Man wurde lobhaft an die hier noch wohl bekannten „Böhmen“ erinnert; dieselbe naturwüchsige Passionsfreudigkeit und temperamentvolle Frische, und dieselbe Ausgeglichenheit im Ton! Zudem hatten die Herren mit der von ihnen vorgeführten Musik entschieden einen guten Griff getan: es war ein Streichquartett „S-Ton“ von O. Rawerl. Der Komponist, von Geburt ein Ungar, ist selbst längere Zeit Mitglied einer Quartettvereinigung gewesen; zuletzt in New York, wo er 1900, kaum vierzigjährig, verstarb. Sein Werk ist aus dem innersten Wesen der Instrumente erwachsen; das geistige Form und Inhalt auch reiche Erfindung und ein musikalisches Können. Die nationale tschechisch-magyarische Färbung gibt der Komposition ihren interessanten Sondercharakter. Das erste „Allegro“, das phantastische „Presto“ und das wildsprudelnde „Gibace“ sind wohl am bedeutendsten, wogegen das „Adagio“ ein wenig abfällt.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener an Gefangenen 12 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebracht.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der preußische Staatshaushaltsplan 1918.

Berlin, 16. Jan. In dem Vorbericht zu dem vom Finanzminister Dr. Hertel dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegten Staatshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 heißt es:

Der Staatshaushaltsplan schließt in Einnahme und Ausgabe mit 6 546 699 278 Mark ab.

Die Einnahmen erhöhen sich gegen den Haushalt des laufenden Rechnungsjahres um 1 585 933 567 M.

In der Annahme, daß der Krieg am 1. April 1918 noch fort dauert, sind die durch das Gesetz vom 8. Juli 1916 bewilligten Zuschüsse zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer mitveranschlagt, gleichzeitig aber auf Grund des § 3 dieses Gesetzes von dem Gesamteinkommen an Einkommensteuer und an Ergänzungssteuer 100 000 000 M. zur Zahlung der Zahlungsbeträge des Rechnungsjahres 1914 und der nachfolgenden Rechnungsjahre abgesetzt worden. Ohne diese Absetzung wären die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahres 1918 das Gleichgewicht hatten. Dieses günstige Ergebnis konnte angesichts der steigenden Ausgabebedürfnisse aus Anlaß des Krieges — an Kriegsbeteiligungen und Kriegsteuerungszulagen für Beamte usw. — nicht allein 310 000 000 M. neu vorgehen — nur durch

Erfolgreiche neuer Einnahmen

erzielt werden. In diesem Zweck ist bei der Eisenbahnverwaltung, die an den Mehrausgaben aus Anlaß des Krieges in erster Linie beteiligt ist, eine allgemeine Erhöhung der Person- und Gütertarife in Aussicht genommen, woraus eine Mehreinnahme von 289 Millionen Mark erwartet wird. Außerdem bleibt der für allgemeine Staatszwecke verwendbare Reinertrag der Eisenbahnverwaltung hinter der Höchstgrenze von 2.10 v. H. des tatsächlichen Anlagekapitals noch um rund 150 Millionen Mark zurück. Nur dadurch, daß gleichzeitig bei anderen Einnahmequellen, so bei den direkten Steuern, den Forts und der Seehandlung infolge des Krieges eintreffende höhere Einnahmesicherungen erwartet werden, war es ausnahmsweise möglich, den Reinertrag der Eisenbahnverwaltung auszugleichen. Innerhalb dieses der erwähnte Abhebung dazu, die Einnahmen um 10 000 000 M. zu ergänzen. Deswegen ist ein Betrag von gleicher Höhe als außerordentliche Einnahme eingestuft.

Bei den Ausgaben, soweit es sich nicht um reine Betriebskosten und um Ausgaben aus Anlaß des Krieges handelt, ist wieder größte Zurückhaltung geübt. Nur in Bezug auf die Umwandlung und Schaffung neuer planmäßiger Stellen konnte bei der langen Dauer des Krieges die frühere grundsätzliche Zurückhaltung nicht länger aufrecht erhalten werden.

Ohne Berücksichtigung der Ab- und Zuführung von 100 000 000 M. stellen sich für das Rechnungsjahr 1918:

	Mark
die ordentlichen Einnahmen auf	6 588 863 278
die dauernden Ausgaben auf	6 195 091 411
der Mehrschuß im Ordinarium auf	343 771 867
die ordentlichen Einnahmen auf	7 336 303
die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf	351 607 867
der Zuschuß im Extraordinarium auf	343 771 867
Gegen die Veranschlagung für das laufende Jahr steigen:	
die ordentlichen Einnahmen um	1 384 713 557
die dauernden Ausgaben um	1 239 360 173
der Mehrschuß im Ordinarium um	145 353 385
die außerordentlichen Einnahmen um	1 230 000
die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben um	146 573 385
der Zuschuß im Extraordinarium um	145 353 385

1. Bei den Steuern und den sonstigen Betriebsverwaltungen ergibt sich ein Mehrüberschuß von 94 327 146 M., der sich aus 24 947 467 M. Mehrüberschüssen und aus 163 420 321 M. Minderschüssen zusammensetzt.

An der Spitze der Verwaltungen, die einen Mehrüberschuß erwarten, stehen die Verwaltung der direkten Steuern mit einem Mehrüberschuß von 134 718 100 M. Unter der Voraussetzung der Fortsetzung der Zuschüsse konnte die

Einkommensteuer um 179 000 000 M., die Ergänzungssteuer um 5 000 000 M. höher veranschlagt

werden. Für die im Rechnungsjahr 1918 zur Erhebung kommende Besitzsteuer ist eine Entschädigung von 4 000 000 M. in Anlaß gebracht, gegenüber einer Vergütung von 1 000 000 M. an die Gemeinden für ihre Teilnahme bei der Veranlagung und Erhebung. Es folgt die Postverwaltung mit einem Mehrüberschuß von 21 134 000 M.

Die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern läßt einen Mehrüberschuß von 17 334 365 M. erwarten.

Bei der Seehandlung wird ein Mehrertrag von 12 540 500 Mark erzielt.

Bei der Domänenverwaltung ist ein Mehrüberschuß von 2 823 360 M. veranschlagt.

Der Überschuß der Lotterieverwaltung erscheint um 880 542 M. höher.

An den Minderschüssen ist die Eisenbahnverwaltung mit 152 422 383 M. beteiligt.

Der melodische Gehalt ist überall erfreulich. Die Harmonik modern und originell — ohne Versteifung. Die Wiederholung war von prächtiger Abwandlung, klar und wohlklingend. Auch mit dem Vortrag des „S-Ton-Quartetts“ Op. 74 — des sogenannten „Korrespondenzquartetts“ — dürfte man sich einverstanden erklären, sowohl weil die ganz empfindungsvollen, als die kräftig-schwungvollen Teile anständig; und das Schöne boten die Künstler vielleicht noch mit Haydn's „S-Ton-Quartetts“ Op. 17: die vielfach konzentriert geführte Partie der 1. Violine zeigte in der Ausführung hier auch die vortreffliche Künstlerkraft des Herrn Fiedemann in glänzendem Licht und ließ die musterhafte Durchbildung seines Instrumentes begreiflich erscheinen. Die Zuhörerschaft spendete enthusiastischen Beifall.

Neue Bücher.

* A. Damaschke: „Geschichte der Nationalökonomie“, eine erste Einführung. 40.—42. Tausend. Neunte erweiterte Auflage. (Zürich, Gustav Fischer.) 1917. 1. Band. Adolf Damaschke's bekannte „Geschichte der Nationalökonomie“. Es gibt keine Geschichte der Nationalökonomie im deutschen Sprachgebiet, die auch nur annähernd die gleiche Verbreitung wie diese gefunden hat. Das darf gewiß als ein Zeichen gelten, daß vielen in unserm Volke gerade dieser Weg zur staatsbürgerlichen Bildung als besonders willkommen erscheint.

Die ordentlichen Einnahmen sind unter Berücksichtigung der Tarifänderungen um 825 246 000 M., die dauernden Ausgaben ohne Zinsen- und Tilgungsbeträge und ohne Ausgleichsbeiträge um 878 730 000 M. höher veranschlagt. Von den Mehreinnahmen entfallen 222 741 000 M. auf den Personenertrag und 495 070 000 M. auf den Güterertrag, von den Ausgaben 421 328 000 M. auf personelle Ausgaben, darunter die Gehälter für 11 701 neue planmäßige Stellen, 194 875 000 M. Kriegsbeteiligungen und Kriegsteuerungszulagen für Beamte und 11 980 000 M. Kriegsbeteiligungen für Beamte im Ruhestande und für Hinterbliebenen, jener 218 676 000 M. für Vertriebsstellen usw., 154 008 000 M. für Unterhaltung usw. der baulichen Anlagen und 199 643 000 M. für Unterhaltung und Ergänzung der Fahrzeuge usw.

Die Vergrößerung weist einen Minderschluß von 2 205 286 M. auf.

2. Die Detailrechnungen und die allgemeine Finanzverwaltung erwarten einen Mehrbedarf von 26 458 669 M.

3. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen ergibt sich ein Mehrbedarf von 168 063 477 M., der 10 M. Mehrschüssen von 176 545 376 M. und Minderschüssen von 8 579 899 M. gegenübersteht.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Königl. preuz. Staatsminister und Reichsanwalt Dr. v. Scharf, Mitglied des Herrenhauses, der höhere holländische Justizminister, vollendete am 6. Januar dieses Jahres sein 85. Lebensjahr.

Ein großer Eisenbahnerbund. Dr. Berlin, 16. Jan. In Gegenwart der Vertreter von etwa 40 Eisenbahnbeamten-Verbänden sowie der Abgeordneten einer größeren Anzahl auswärtiger Eisenbahndirektionen wurde vorgestern in Berlin der Bund der Beamten der preussisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen ins Leben gerufen. Er vertritt mit etwa 200 000 Mitgliedern nahezu sämtliche Eisenbahnbeamte der preussisch-hessischen Staats- und Reichseisenbahnen.

* Die Errichtung einer hamburgischen Universität? Der bürgerliche Ausschuss, der sich mit der Frage der Ausgestaltung des Vorlesungswesens und des Kolonialinstituts zu einer selbständigen der Forschung und der praktischen Ausbildung gewidmeten Anstalt zu beschäftigen hatte, hat einen Antrag auf Errichtung einer Universität in Hamburg mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen.

Wiesbadener Nachrichten.

— Staats- und Gemeindesteuern. Die Zahlung der 4. Rate hat zu erfolgen am 18., 19. und 21. Januar von den Steuerpflichtigen der Straßen mit den Anfangsbuchstaben C bis einschließlich G. Die auf dem Steuerzettel angegebene Strafe ist maßgebend.

— Zum Erlebnis des Fliegerleutnants Hef. Am Tage vor Weihnachten fiel nach 17 Siegen im Luftkampf einer unserer erfolgreichsten Kampfflieger, der Leutnant d. R. Graf Hef aus Wiesbaden, Ritter des Hausordens von Hohenzollern mit Krone und Schwertern, des Württembergischen Friedrichs-Ordens mit Schwertern, des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse. Fliegerleutnant Hef war der einzige Sohn der in Wiesbaden wohnenden Witwe des Königl. Domänenrats Hef. Geboren im Jahre 1893 in Wiesbaden, besuchte er zunächst das humanistische Gymnasium. In der Absicht, sich dem Beruf eines Maschineningenieurs zu widmen, betätigte er sich darauf zwei Jahre praktisch. Während dieser Zeit erlangte er auch seine ersten Kenntnisse im Flugwesen, und zwar in der Fliegerschule Göttingen in Hohn. Zur Vervollständigung seiner Studien besuchte er die technische Hochschule in Chemnitz. Der Drang, möglichst schnell das Feldpiloten-Examen abzulegen, ließ ihn diese Studien unterbrechen, und im Oktober 1913 in Köln als Einjährig-Freiwilliger bei der Feldfliegerabteilung 8 eintreten, wo er schon nach den ersten Monaten das Fliegerexamen ablegte. Nachdem ging Hef, nach einer kurzen Kommandierung zur Leitung eines Kurses in Darmstadt, am 1. Januar 1915 als Fliegerführer an die Westfront. Mit Goethe und Immelman war er einer der ersten Kampfflieger, unter denen er als Vorkämpfer in der Luft das eine hervorragende Stellung einnehmen mußte, die ihn den Feinden unter ihnen würdig zur Seite stellt. Insekt war er Führer einer Jagdstaffel und Gruppenführer der Jagdstaffeln der 1. Armee. Die Reiche ist von der Front nach Wiesbaden übergeführt worden, wo sie auf dem Südbahnhof in einem Ehrengrab, das die Kameraden dem beliebten Führer bereitet, beigesetzt wurde. Dem kampferprobten jungen Helden, dessen Größe bei seiner Beisetzung verabschiedet, ist für alle Zeiten ein Platz in der Geschichte dieses Krieges und ganz besonders in der Geschichte der deutschen Flugwesen gesichert. Die Stadt Wiesbaden darf stolz sein auf ihren modernen Sohn, und das Königl. Gymnasium darf mit Genugtuung auf das Ergebnis seiner Erziehung blicken, das diesen einstigen Jüngling zum leuchtenden Vorbild der Jugend machte, sowohl was den Ernst der Lebensauffassung, als auch die Freude an der Arbeit und die reifliche Hingabe an der Erfüllung übernommenen Pflicht anbelangt. So jung er sein Leben hingeben mußte, so war doch erfüllt von großen Mannesidealen, und er ist dahingegangen als einer, der den Jüngling des Dorfes auszeichnete, konnte im Sinne des Wortes: „Sich und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben!“ Seine Jagdstaffel widmet ihm im „Militär-Wochenblatt“ den folgenden Nachruf: Nach 17 Siegen fiel im Luftkampf unser lieber Stoffführer Leutnant der Reserve Graf Hef, Ritter des Eisernen Kreuzes 1. und 2. Klasse und des Königl. Hausordens von Hohenzollern. Stets ging er seiner Staffelführer durch sein schneidendes Draufgängerum mit leuchtendem Beispiel voran. Als kühler Kamerad und ruhmvoller Vorbild wird er auch fernerhin in unserm Gedächtnis fortleben. Im Namen einer Jagdstaffel: Leutnant, Leutnant und stellv. Staffelführer.

— Drei Gefangene entflohen. Aus dem hiesigen Gefängnis sind nachmittags drei Strafgefangene, von denen der eine bereits mehrfach dort geflohen hatte, entflohen. Ein Aufseher, welcher es unterlassen hatte, die Tür ordnungsgemäß zu verschließen und dadurch die Flucht ermöglichte, ist auf der Stelle entlassen worden.

— Dampfessel-Überwachungsverein. Den benachbarten Verbänden Rechnung tragend, hat der Dampfessel-Überwachungsverein zu Frankfurt a. M., Vertheimstraße 4, seine Dienststunden auf die Zeit von 9 bis 5 Uhr festgelegt. Samstagsmittags bleiben die Geschäftsräume geschlossen.

— Landwirte und Obstgärtner, schließt die Wege! Im Kampf gegen die schädlichen Insekten, die unsere Obstbäume vernichten und oft ganz vernichten, sind die Wege, namentlich

